

Bündner Gewerbeverband

Unione grigionese delle arti e mestieri
Uniun grischuna d'artisanadi e mastern

Dachorganisation der gewerblichen Wirtschaft



Medienmitteilung

Eidgenössische Vorlage vom 28. September 2014

BGV gegen Einheitskasse

Das Volksbegehren «Für eine öffentliche Krankenkasse» wird vom BGV zur Ablehnung empfohlen. Mit einer Einheitskasse werden die Prämien steigen.

Der Kantonalvorstand des BGV befasste sich an seiner letzten Kantonalvorstandssitzung u.a. auch mit Volksbegehren «Für eine öffentliche Krankenkasse». Der BGV lehnt auch den Anlauf zur Einheitskassen ab. Der Vorschlag ist nicht tauglicher als die bereits vom Volk hoch abgelehnten bisherigen Vorlagen in dieser Sache. Eine Einheitskasse führt zu mehr Staat und weniger Wettbewerb im Gesundheitswesen. Eine glaubwürdige Begründung der Initianten für die versprochene Kosteneinsparung ist bis heute ausgeblieben. Eine Einheitskrankenkasse würde übermächtig werden. Der Moloch wird hohe Verwaltungskosten verschlingen. Heute liegen diese Kosten lediglich bei rund fünf Prozent des Prämienvolumens. Die neue Staatskasse dürfte zu vermehrten Steigerungen der Krankenkassenprämien und zu unzufriedenen Prämienzahlenden führen. Die vorgeschlagene Einheitskasse steht für Zwang, Abhängigkeit und Bevormundung und Einheitsprämie. Sie wird zudem in Graubünden zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen, weil die Kasse zentral geführt werden muss.

Chur, 9. September 2014

Auskunftsperson:

Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband, Tel. 081 257 03 23